

Absender

Straße

PLZ - Ort

Email

Absender

An den/die Bundestagsabgeordnete(n)

Mobil-Nummer

Herrn/Frau XY, Partei XY

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

31.03.2023

Internationale WHO-Gesundheitsvorschriften — Griff nach der Macht durch die Hintertür?

Sehr geehrte(r) Herr/Frau XY,

wir sind eine Gruppe von Bürgern aus dem Landkreis Starnberg bei München. Wir wenden uns an Sie, weil wir mit Sorge die Versuche der Weltgesundheitsorganisation WHO beobachten, unsere grundgesetzlich verbrieften Rechte einzuschränken. Wir bitten Sie als unsere parlamentarische Vertretung dringend, Ihr besonderes Augenmerk auf diese Tendenzen zu richten.

Die WHO entwickelt zwei internationale Rechtsinstrumente, die ihre Befugnisse bei Notfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, einschließlich Pandemien, erheblich erweitern sollen:

- (1) Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften von 2005 (die IHR-Änderungen); und
- (2) einen Pandemievertrag, von der WHO als "CA+" bezeichnet.

Der derzeitige Entwurf der IHR-Änderungen sieht erhebliche supranationale Befugnisse vor, die in gesundheitlichen Notfällen ausschließlich von der (nicht demokratisch legitimierten) WHO ausgeübt werden sollen und erweitert die Umstände, unter denen diese Befugnisse eingeräumt werden könnten.

Im Ergebnis geht es um die Errichtung einer globalen medizinischen Autokratie, die der Bundesrepublik Deutschland ihre Souveränität und den Bürgern ihre unveräußerlichen Rechte auf Privatsphäre und Selbstbestimmung in Gesundheitsfragen nimmt.

Als Begründung werden die Erfahrungen aus der „Covid-Pandemie“ herangezogen. Die vergangenen drei Jahre haben uns jedoch den völlig unangemessenen Einfluss der ganz großen Nutznießer "Big-Pharma" und anderer "Big Player" vor Augen geführt. Die vorgeschlagenen Änderungen würden den unmittelbaren Einfluss dieser Lobby-Gruppen,

für die internationale Gesundheitsnotstände ein erstrebenswertes Business-Modell sind, zu Lasten aller Bürger rechtlich zementieren.

Während die WHO bisher nur befugt war, Empfehlungen auszusprechen, würde sie durch die vorgeschlagenen Änderungen ermächtigt, rechtsverbindliche Anweisungen zu erteilen, die auf der Ebene einzelner Staaten, Regionen oder weltweit wirksam wären, z. B. um:

- die nationalen Genehmigungsverfahren und Sicherheitskontrollen für Impfstoffe, Gentherapien, medizinische Geräte und Diagnostika außer Kraft zu setzen
- Digitale Gesundheitszertifikate, Impfpässe und eine Digitale ID zur lückenlosen Kontrolle jedes Bürgers der Mitgliedstaaten einzuführen
- von den Bürgern verlangen, ihren Gesundheitszustand offenzulegen
- Bürger zwangsweise unter Quarantäne zu stellen oder an der Reise zu hindern
- Bürger zwangsweise medizinisch zu untersuchen, zu impfen oder anderweitig medizinisch zu behandeln
- Aufklärung und Information weltweit zu überwachen und zu zensieren.
- die Herausgabe von geistigem Eigentum und Technologien zu verlangen
- finanzielle Beiträge zur Finanzierung von Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung anzuordnen
- die Herstellung und den internationalen Austausch von Impfstoffen und anderen Produkten, die "die Lebensqualität verbessern" können, anzuordnen

Diese, und eine ganze Reihe weiterer, hochproblematischer Vorschläge würden die Überwachungsbefugnisse der WHO erheblich ausweiten. Ihre Rechtfertigung würde dabei von der Entdeckung immer neuer besorgniserregender Bedrohungen abhängen. Die Finanzierung dieser Forschung geschähe über Ihre und unsere Steuergelder und durch Mittel der großen Pharma-Unternehmen, die mit jeder neuen Pandemie Macht und Profit weiter ausdehnen können.

Die WHO (deren Generaldirektor die alleinige Entscheidungsbefugnis zur Ausrufung einer internationalen Gesundheitsnotlage erhalten würde) ist keine demokratisch legitimierte Institution, der es zukommen würde über unsere Gesundheit oder unsere persönlichen Gesundheitsmaßnahmen zu entscheiden. Die genannten Bestrebungen haben nichts mit Gesundheitsschutz, Demokratie, Menschenwürde oder mit Grundrechten zu tun und müssen daher mit allen Mitteln unterbunden werden.

Als Mandatsträger gehört es zu Ihren ganz persönlichen Aufgaben und zu Ihrer ganz persönlichen Verantwortung, Sorge dafür zu tragen, dass unsere nationale Souveränität in Gesundheitsfragen und unsere, im deutschen Grundgesetz verankerten Bürgerrechte durch keine solchen Bestimmungen eingeschränkt werden und wenn es den Austritt Deutschlands aus der WHO bedeutet.

Was gedenken Sie zu tun, um Ihre und unsere verbrieften Grund- und Menschenrechte, unsere menschliche Würde und unsere nationale Souveränität uneingeschränkt zu erhalten?

Wer vertritt Deutschland im Mai 2023 bei der WHO in den entscheidenden Abstimmungen?
Wir freuen uns auf Ihre persönliche Antwort und die Darlegung Ihres Standpunkts.

Mit bestem Gruß und im Namen der Unterzeichnenden,

Name

Beruf

Quellen: Das oben erwähnte Dokument „WHA75(9) (2022) A/ WGIHR/2/7“ (mit ausgewiesenen Streichungen und Einfügungen) ist auf den Internetseiten der WHO unter folgendem Link verfügbar: https://apps.who.int/gb/wgihr/e/e_wgihr-2.html. Es kann aber auch direkt heruntergeladen werden:

https://apps.who.int/gb/wgihr/pdf_files/wgihr2/A_WGIHR2_7-en.pdf

Mitunterzeichnende:

26 Menschen